

Der Internationale Seegerichtshof als Menschenrechtsgericht?

 juwiss.de/09-07-2013-neumann/

July 9, 2013

von SIMON NEUMANN

Bei der kürzlich ergangenen Entscheidung des Internationalen Seegerichtshofs (ISGH) im Fall M/V Louisa handelt es sich nur auf den ersten Blick um *business as usual*: Im Streit um die Festsetzung eines Schiffs unter der Flagge von St. Vincent und den Grenadinen in einem spanischen Hafen erklärte sich der Gerichtshof im Ergebnis für unzuständig. Nicht Besonderes also? Mitnichten, denn bei näherer Betrachtung wird deutlich: Der Fall berührt grundlegende völkerrechtliche Fragen, von der Bedeutung der Menschenrechte im Seerecht bis zum Verhältnis internationaler Gerichte.



Zum Sachverhalt: Von der *Louisa* aus wurden Untersuchungen im Küstenmeer und in den inneren Gewässern Spaniens durchgeführt. Im Februar 2006 wurde das Schiff in einem Hafen in der Nähe von Cádiz von spanischen Behörden durchsucht und festgesetzt. Den Hintergrund bildet ein Strafverfahren wegen Verstößen gegen spanische Vorschriften zum Schutz des nationalen Kulturerbes und waffenrechtliche Bestimmungen. Dabei wurden die drei an Bord befindlichen Personen festgenommen. Erst nach fünf Tagen wurden sie einem Richter vorgeführt und im Anschluss freigelassen – zu einer Anklageerhebung kam es nicht. Ein anderes Crewmitglied wurde später verhaftet und 10 Monate lang ohne Anklage festgehalten.

Aktivlegitimation des Flaggenstaats von der Staatsangehörigkeit unabhängig

Diesen menschenrechtlichen Aspekt des *Louisa*-Falls trennte der ISGH im Rahmen seiner Zulässigkeitsprüfung von der Frage der Festsetzung des Schiffs ab. Im Hinblick auf die Festsetzung wurden sämtliche von St. Vincent angeführten Normen des Seerechtsübereinkommens (SRÜ; Art. 73, 87, 226, 227, 245) bereits auf dieser Ebene einer Vorprüfung unterzogen und für nicht einschlägig befunden. Im Anschluss stellte sich die Frage, wie sich der Gerichtshof bezüglich der Behandlung der Festgenommenen positionieren würde. Dabei ist auffällig: Im Hinblick auf das *ius standi* von St. Vincent wurde es als unproblematisch angesehen, dass keiner der Festgenommenen Staatsangehöriger des Inselstaats war. Hierin äußert sich eine konsequente Fortführung der vom ISGH im Saiga-Fall zugrunde gelegten einheitlichen Sichtweise von Schiff und den Personen an Bord. Dies stellt nicht nur eine pragmatische Reaktion auf die Realitäten der modernen Schifffahrt dar, es erscheint auch menschenrechtlich geboten: Wo es um Menschenrechtsverletzungen geht, tritt die Staatsangehörigkeit in den Hintergrund. Das aus dem klassischen Völkerrecht stammende Verständnis einer extremen Mediatisierung

des Individuums, wie es der Ständige Internationale Gerichtshof im Mavrommatis-Fall formulierte, ist heute als überholt anzusehen. Ganz überwunden ist es allerdings noch nicht; so machte Richter *Ndiaye* in seiner *separate opinion* deutlich, dass er die Aktivlegitimation St. Vincents am Kriterium der Staatsangehörigkeit hätte scheitern lassen.

Art. 300 SRÜ als „Tor zu den Menschenrechten“

Die Zuständigkeit des ISGH für die Prüfung von Menschenrechtsverletzungen im Anwendungsbereich des SRÜ hängt davon ab, ob eine Norm besteht, welche das Übereinkommen für die Menschenrechte öffnet. Hier kommt es entscheidend auf Art. 300 SRÜ an („Treu und Glauben und Rechtsmissbrauch“). Nach der Rechtsauffassung von St. Vincent taugte dieser als normativer Anknüpfungspunkt, da Menschenrechtsverstöße stets auch als Rechtsmissbrauch anzusehen seien. Die Vorschrift lade zu einer weiten Auslegung ein und ermögliche eine progressive Fortentwicklung des Völkerrechts.

Diese Interpretation wurde von Spanien nicht grundsätzlich abgelehnt. Ihr wurde jedoch entgegengehalten, dass Art. 300 SRÜ explizit und mehrfach nur von *in dem Übereinkommen* anerkannten Rechten und Freiheiten spricht – dass er also kein „Eigenleben“ führe und schon deswegen nicht als Generalklausel für die Einbeziehung von Menschenrechten herhalten könne. Insoweit schloss sich der ISGH der Auffassung Spaniens an. Allerdings unterließ es der Gerichtshof, im weiteren Verlauf zu untersuchen, welche Vorschrift des SRÜ in Verbindung mit Art. 300 SRÜ die Brücke zu den Menschenrechten schlagen könnte. Stattdessen prüfte er vorab, ob St. Vincent sich überhaupt auf Art. 300 SRÜ berufen konnte, da dieser erst in der mündlichen Verhandlung in das Verfahren eingeführt worden sei. Da nach Ansicht des Gerichts (in einigen der Sondervoten wird dies anders bewertet) die zugrunde liegende menschenrechtliche Problematik auch nicht implizit im schriftlichen Verfahren Erwähnung gefunden habe, sei von einer unzulässigen nachträglichen Änderung des Streitgegenstands auszugehen. Die Bezugnahme auf die Menschenrechte ändere den Charakter des Rechtsstreits. Damit wurde die Klage insgesamt als unzulässig abgewiesen. Der Seegerichtshof ließ also auf Grund einer prozessualen Besonderheit des Falls die Kernfrage im Ergebnis offen und verpasste die Chance zu klären, inwieweit er zur Prüfung von Menschenrechtsverstößen berufen ist.

Trotz der Unzulässigkeitsentscheidung im konkreten Fall hat der Gerichtshof jedoch durchblicken lassen, dass er die menschenrechtlichen Fragen durchaus erkannt hat. So betonte er in einem *obiter dictum*, dass Haftbedingungen und -dauer zur Kenntnis genommen wurden und dass alle Staaten die Pflicht hätten, insbesondere ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Hieraus lässt sich folgern, dass der ISGH bei einem rechtzeitigen Vorbringen möglicherweise bereit wäre, auch Menschenrechtsverletzungen zu prüfen. Damit bleibt die Frage relevant, auf welche andere Norm aus dem SRÜ abzustellen ist, um die menschenrechtliche Dimension von Art. 300 SRÜ zu aktivieren.

Zu dieser Problematik finden sich Ausführungen in den Sondervoten zur Entscheidung. Als entscheidender Nexus zu den Menschenrechten wird Art. 2 Abs. 3 SRÜ identifiziert. Dieser bestimmt, dass die Souveränität über das Küstenmeer nach Maßgabe des Übereinkommens *und der sonstigen Regeln des Völkerrechts* ausgeübt wird. Über die

Konstruktion von Art. 300 i.V.m Art. 2 Abs. 3 SRÜ lässt sich also grundsätzlich die Zuständigkeit des ISGH für die Prüfung von Menschenrechtsverletzungen im Anwendungsbereich des Seerechts begründen. Zwar bezieht sich letztere Vorschrift auf das Küstenmeer, während die Festnahmen im *Louisa*-Fall im Hafen stattfanden. Dies spricht aber nicht gegen die prinzipielle Möglichkeit der Einbeziehung der Menschenrechte durch den ISGH. Zudem kann es für die Anwendbarkeit von Art. 2 Abs. 3 SRÜ als ausreichend angesehen werden, dass es um im Küstenmeer begangene Straftaten geht (so sehen es immerhin die Richter *Jesus* und *Bouguetaia* in ihren Sondervoten).

Der Zuständigkeit des Seegerichtshofs für Menschenrechtsfragen lässt sich auch nicht entgegenhalten, dass bereits spezialisierte Menschenrechtsgerichte bestehen. Zum einen trifft dies nicht auf alle Regionen der Welt zu. Zum anderen existiert das Seerecht nicht völlig abgeschottet von der übrigen Völkerrechtsordnung – es ist vielmehr in diese eingebettet. Dies kommt in Art. 2 Abs. 3 SRÜ deutlich zum Ausdruck. Ausgehend von dem Verständnis, dass alle völkerrechtlichen Spezialrechtsgebiete Teil *einer* Völkerrechtsordnung sind, ist die Befassung des ISGH mit Menschenrechtsfragen nicht verwunderlich.

Welcher menschenrechtliche Maßstab gilt?

Bestehen somit keine prinzipiellen Bedenken, so stellen sich doch Folgefragen: Eine davon ist die nach den anwendbaren Völkerrechtsnormen. Im *Louisa*-Fall musste sich der Gerichtshof nicht zu dieser Frage äußern. Allerdings hat Richter *Lucky* in seinem abweichenden Sondervotum auf Art. 5 Abs. 3 und Art. 6 Abs. 1 EMRK abgestellt. Dies überzeugt insoweit, als Spanien für das Verhalten seiner Behörden am selben Maßstab vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gemessen werden könnte. Es verwundert allerdings, dass *Lucky* zusätzlich die Amerikanische Charta der Menschenrechte heranzieht, insbesondere, da diese von St. Vincent nicht ratifiziert worden ist. An dieser Stelle scheint mithin noch Klärungsbedarf zu bestehen.

Verhältnis zu anderen internationalen Gerichten

Die zweite Folgefrage ist grundlegender Natur. Wenn nämlich der ISGH die EMRK anwendet, so gilt es über das Verhältnis zum EGMR nachzudenken. Dies betrifft neben dem Umgang mit der bestehenden Rechtsprechung insbesondere auch die Möglichkeit, dass gleich gelagerte Fälle unterschiedlich entschieden werden könnten. Damit ist die allgemeine Problematik des Verhältnisses internationaler Gerichte angesprochen, die mit deren zunehmender Proliferation an Relevanz gewinnt. Da zwischen internationalen Streitbeilegungsinstitutionen grundsätzlich kein Hierarchieverhältnis besteht, spielt die gegenseitige Rücksichtnahme eine besondere Rolle. Die Entscheidung des ISGH kann insofern auch als Ausdruck von *judicial comity* im Verhältnis zum EGMR angesehen werden. Das Eingehen auf die Menschenrechtsproblematik in einem *obiter dictum* erscheint so als rücksichtsvolle Ankündigung, dass der ISGH künftig entsprechende Fälle auch in materiellrechtlicher Hinsicht entscheiden wird. Hierdurch wird anderen internationalen Gerichten (insbesondere dem EGMR) Gelegenheit gegeben, sich auf eine Kooperationsbeziehung mit dem Seegerichtshof einzustellen. Nach der *Louisa*-Entscheidung dürfte ein Urteil aus Hamburg, welches die EMRK zum Maßstab nimmt, für niemanden mehr überraschend kommen.